

01.05.2012 – PM 28/2012

1. Mai-Kundgebung

IG BAU: Soziale Gerechtigkeit muss verteidigt werden

Gladbeck – Anlässlich des Tags der Arbeit ruft die Industriegewerkschaft Bauen-Agrar-Umwelt (IG BAU) dazu auf, die sozialen Werte in Deutschland und Europa zu verteidigen. „Es muss Schluss sein mit dem neoliberalen Unsinn“, sagte der IG BAU-Bundesvorsitzende Klaus WieseHügel auf der 1. Mai-Kundgebung in Gladbeck. „Wir sparen bei den Falschen. Die Kombination aus Schwächung der Rechte der Arbeitnehmer, Sozialabbau und Tatenlosigkeit gegen Spekulationen würgt die Konjunktur ab und verschärft die Krise. Am Ende wenden sich die enttäuschten Bürger ab von Europa und den demokratischen Idealen“, warnte er.

Die IG BAU fordert die Arbeitnehmer in Deutschland auf, sich solidarisch mit den Menschen in den Krisenstaaten zu zeigen. „Die Beschäftigten und Gewerkschaften in Griechenland und Spanien kämpfen für den Erhalt ihrer Rechte wie das Streikrecht und die Tarifautonomie. Sie sind nicht die Verursacher der Krise. Lasst euch das nicht weißmachen“, forderte WieseHügel die Teilnehmer der 1. Mai-Kundgebung auf. „Schuld an der Krise ist die Gier der Banker und der Reichen nach immer mehr Profit. Sie scheuen nicht davor zurück gegen ganze Staaten zu spekulieren“, sagte er.

Um die Krise in den Griff zu bekommen, fordert die IG BAU einen Marshallplan für Europa. Er soll den Menschen neue Hoffnung geben und die EU aus der Dauerkrise führen. Notwendig ist zudem ein Stopp der Umverteilung von den Armen zu den Reichen, was unlängst selbst die OECD ausdrücklich für Deutschland gefordert hat. Instrumente sind dazu aus Sicht der IG BAU eine Finanzmarktpolitik, die der Spekulation mit billigem staatlichen Geld Einhalt gebietet, wie auch die Einführung einer Finanzmarkttransaktionssteuer.

Die verfehlte Umverteilungspolitik führt zu einer neuen Altersarmut - auch in Deutschland. Derzeit zahlen rund elf Millionen prekär Beschäftigte kaum

etwas oder gar nichts in die Rentenversicherung ein. Gleichzeitig werden die Überschüsse der Deutschen Rentenversicherung durch Beitragssenkungen aufgezehrt. „Schon wenn man auf die Beitragssenkungen verzichtet, reicht das Finanzpolster leicht aus, die Renten schon ab 65 zu bezahlen“, stellte WieseHügel fest. „Noch besser stünde die Rentenkasse da, wenn beispielsweise auch die Millionen von Minijobbern Beiträge leisten. Dann brauchen wir keine Rente mit 67, die nichts anderes ist als eine riesige Rentenkürzung.“

Die IG BAU stellt sich gegen weitere Senkungen der Rentenbeiträge, wie sie jüngst Bundeskanzlerin Angela Merkel angekündigt hatte. „Von der Beitragskürzung zu Beginn des Jahres hat ein durchschnittlich verdienender Bauarbeiter gerade einmal vier Euro mehr im Monat. Dafür soll er dann aber zwei Jahre länger arbeiten oder zusehen, wie er im Alter zurechtkommt“, sagte WieseHügel. „Von der Kürzung profitieren allein die Arbeitgeber und die Finanzkonzerne mit ihren dubiosen Rentenersatzprodukten. Auf Kosten der Beschäftigten verdienen sie sich eine goldene Nase.“

Um eine Altersarmut zu vermeiden, fordert die IG BAU die Bürgerversicherung, in die vom Arbeiter bis zu Selbstständigen, Beamten und Politikern alle einzahlen. Zudem müssen für schwer arbeitende Menschen wie Bauarbeiter Lösungen geschaffen werden, die dem körperlichen Verschleiß in ihrem Beruf Rechnung tragen. Dazu zählt eine höhere Erwerbsminderungsrente, bei der gleichzeitig der Zugang deutlich erleichtert wird. Es muss darüber hinaus auch für deutsche Bauarbeiter eine Möglichkeit geschaffen werden, früher in Rente zu gehen, wie dies etwa in Österreich der Fall ist. Dort können Bauleute schon mit 60 Jahren in den Ruhestand wechseln.

Gleichzeitig strebt die IG BAU eine tarifliche Lösung für die Baubranche an. Gemeinsam mit Arbeitgebern und staatlicher Unterstützung soll es ein Altersübergangsgeld für diejenigen Beschäftigten geben, die es nicht bis zur regulären Rente schaffen. „Wer mit 60 aufhören muss, bekommt noch zwei Jahre Arbeitslosengeld. Dann muss er sein Vermögen verbrauchen oder rutscht sogar gleich in Hartz IV, obwohl er sein Leben lang gearbeitet und Beiträge gezahlt hat. Das hat mit Gerechtigkeit nichts zu tun. Wir brauchen eine Brücke, die die Zeit vom Arbeitsaustritt bis zum eigentlichen Rentenbeginn überspannt“, forderte WieseHügel.

(4180 Zeichen)